

L17

AfA Mitte

Die KDV möge beschließen:**Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Konsens)****Tarifverträge im öffentlichen Dienst zusammenführen und sozial gerecht gestalten**

1 Tarifverträge im öffentlichen Dienst zusammen-
 2 führen und sozial gerecht gestalten Im öffent-
 3 lichen Dienst von Bund, Ländern und Kommu-
 4 nen gibt es unterschiedliche Tarifverträge. Die
 5 Tarifbeschäftigte der Länder sind im „Tarifver-
 6 trag für den öffentlichen Dienst der Länder“ (TV-
 7 L) und in Hessen im TV-H geregelt. Für die Ta-
 8 rifbeschäftigte im Bereich des Bundes und der
 9 Kommunen gilt der TVöD „Tarifvertrag für den
 10 öffentlichen Dienst“.

11 Das Nebeneinander unterschiedlicher (Flächen-
 12)Tarifverträge für die Beschäftigten im öffent-
 13 lichen Dienst im gleichen Geltungsraum führt
 14 zu Ungerechtigkeiten und unnötigen Konkur-
 15 renzsituationen. Dies ist nicht mehr zeitgemäß
 16 und vor dem Hintergrund des erheblichen Fach-
 17 kräftebedarfs auch im öffentlichen Dienst nicht
 18 mehr zielführend.

19 Wir fordern daher, dass die Tarifstruktur und
 20 die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst
 21 schnellstens vereinheitlicht und verbessert wer-
 22 den. Länder, Kommunen und Bund müssen gu-
 23 te und moderne Arbeitgeber sein, die durch eine
 24 einheitliche Tarifstruktur und sehr gute Arbeits-
 25 bedingungen, den Wettbewerb um die Beschäf-
 26 tigten auch in der Zukunft erfolgreich bestreiten
 27 können.

28 Wir fordern, dass sich Sozialdemokraten*innen,
 29 die politische Verantwortung im Bund, den Län-
 30 dern und den Kommunen tragen, dafür einset-
 31 zen, dass diese Forderungen auf der Arbeitge-
 32 beseite umgesetzt werden.

33

Begründung

35 Die Tarifgemeinschaft auf Seiten der Arbeit-
 36 geber wurde 2006 aufgelöst. Seitdem existie-
 37 ren im öffentlichen Dienst zwei unterschiedli-
 38 che Flächentarifverträge und die Tarifverhand-
 39 lungen finden getrennt voneinander statt. Sei-

40 nerzeit sind die Länder aus der Verhandlungs-
41 gemeinschaft mit Bund und Kommunen ausge-
42 stiegen. Der Hintergrund war rein haushalteri-
43 scher Natur. Auf Kosten der Tariflöhne sollten
44 durch Einsparungen die Haushalte der Länder
45 saniert werden. In den letzten Tarifrunden vor
46 Corona wurden die Verbesserungen der Haus-
47 haltssituationen der Länder auch ein wenig an
48 die Beschäftigten weitergegeben und es wur-
49 den solide Tarifergebnisse erzielt. Mit Blick auf
50 die während der Corona-Pandemie aufgenom-
51 menen Schulden der Länder wurden aber in
52 der letzten Tarifrunde erneut eher magere Tarif-
53 vereinbarung getroffen. Stattdessen wollte die
54 Arbeitgeberseite den Arbeitsvorgang der unter-
55 ren Einkommensgruppen neu bewerten. Die un-
56 attraktive Tarifstruktur der Länder, die neben-
57 einander bestehenden Tarife im öffentlichen
58 Dienst und die unterschiedlichen Nettoeinkom-
59 men von Tarifbeschäftigte und Beamt*innen
60 führen immer mehr dazu, dass für Beschäftig-
61 te in den Ländern die Verbeamtung die Mög-
62 lichkeit ist, mehr Einkommen zu erhalten. Wenn
63 aber die Verbeamtung allein dazu dient, Be-
64 schäftigte zu halten, weil sie mehr Geld bekom-
65 men, wird auch dies nicht auf Dauer von Er-
66 folg gekrönt sein. Denn neben der Frage, in wel-
67 chen Berufen verbeamtet wird, wie z. B. bei den
68 Lehrer*innen wird es als nächstes den Wettbe-
69 werb geben, welches Land am meisten zahlt.
70 Damit wird eine Lohn- bzw. Besoldungsspirale
71 in Gang gesetzt, die eigentlich kein Land gewin-
72 nen kann. Die Berlin-Zulage für alle Beschäftig-
73 ten des Landes ist zwar ein Schritt zur Attrak-
74 tivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes im
75 Land, birgt aber die Gefahr 2025 aus der Tarif-
76 gemeinschaft der Länder zu fliegen, wenn Berlin
77 dann nicht diese Zulage aufgibt. Daher ist auch
78 hier eine alleinige Abweichung einzelner Länder
79 auf Dauer nicht zielführend. Gerade Corona hat
80 nochmals verdeutlicht, wie wichtig eine zuver-
81 lässige, ausreichende und engagierte Daseins-
82 vorsorge ist. Bereits jetzt gehen viele Beschäf-
83 tigte in der privaten Wirtschaft wie auch im öf-
84 fentlichen Dienst in den Ruhestand. Der Kampf
85 um neue Arbeitnehmer*innen hat längst begon-

86 nen und wird sich in den kommenden Jahren
87 noch erheblich verschärfen. Wenn der öffentli-
88 che Arbeitgeber hier mithalten und mit gutem
89 Beispiel für gute Arbeit voran gehen will, muss
90 das Tarifsystem im öffentlichen Dienst an diese
91 neuen Anforderungen angepasst werden.